

## INHALT

1. Unternehmer im Land beklagen mittelstandsfeindliche Politik
2. Trotz einer Milliarde zusätzlicher Einnahmen wollen SPD, Grüne und SSW mehr Schulden machen
3. CDU-Fraktion fordert 60 Millionen-Sofortprogramm zur Straßensanierung
4. CDU-Landtagsfraktion präsentiert Kunst von Menschen mit Behinderungen
5. Doch noch Beratungsbedarf über bleifreie Munition
6. Besuch der Fraktionsarbeitsgruppe Sport beim Kreissportverband Steinburg

16.08.2013

**Unternehmer im Land beklagen mittelstandsfeindliche Politik**  
**Nur 29 Prozent sind mit der Arbeit von Ministerpräsident Albig zufrieden**



Fraktionsvorsitzender Johannes Callsen

Lediglich 29 Prozent der Unternehmer sind mit der Arbeit von Ministerpräsident Torsten Albig zufrieden. Das geht aus einer am Freitag (16. August 2013) veröffentlichten Umfrage der Unternehmensverbände Nord hervor (Link siehe unten) Die Unternehmer fordern von ihm vor allem eine stärkere Vertretung der Landesinteressen insbesondere im Hinblick auf die Verkehrsinfrastruktur. Im aktuellen Verkehrsdesaster sehen die Unternehmen deutliche Nachteile für den Wirtschaftsstandort Schleswig-Holstein. Auch vom Stand der Zusammenarbeit mit Hamburg sind die Unternehmer enttäuscht.

Die wirtschaftspolitische Gesetzgebung der Landesregierung aus SPD, Grünen und SSW wird

von den Unternehmern mehrheitlich als mittelstandsfeindlich bewertet. Namentlich genannt wurden das Mindestlohn-, sowie das Tariftreue- und Vergabegesetz, die Anhebung der Grunderwerbssteuer, die Knickverordnung, der Kompromiss zur Bäderregelung sowie der Denkmalschutz.

CDU-Fraktionschef und Oppositionsführer Johannes Callsen hat die Umfrage zum Anlass genommen, die Landesregierung zur Korrektur ihres mittelstandsfeindlichen Kurses aufzufordern.

„Der Mittelstand in Schleswig-Holstein war in den vergangenen Jahren in Schleswig-Holstein der Garant für Wirtschaftswachstum, Beschäftigung und wachsende Steuereinnahmen. Die CDU-geführte Vorgängerregierung hat dafür mit ihrer Gesetzgebung die Grundlage geschaffen. SPD, Grüne und SSW setzen diese Erfolge aufs Spiel“, erklärte Callsen in Kiel. Eine Fortsetzung dieser Politik werde Schleswig-Holstein in den kommenden Jahren Arbeitsplätze und Steuereinnahmen kosten.

Die Auswertung der Umfrage finden Sie hier:

[http://www.uvnord.de/pressdienst/Politikumfrage\\_in\\_Schleswig-Holstein\\_SPK2013.pdf](http://www.uvnord.de/pressdienst/Politikumfrage_in_Schleswig-Holstein_SPK2013.pdf)

---

### **Trotz einer Milliarde zusätzlicher Einnahmen wollen SPD, Grüne und SSW mehr Schulden machen Finanzministerin legt mittelfristige Finanzplanung vor**



Finanzexperte Tobias Koch, MdL

Auf den ersten Blick sahen die Nachrichten der Finanzministerin in dieser Woche gut aus. Am Dienstag legte Monika Heinold die neue Mittelfristige Finanzplanung der Regierung Albig vor. „Unser klarer Kurs bringt gute Zahlen. Die robuste Konjunktur und die niedrigen Zinsen helfen uns. Aber am wichtigsten ist, dass wir weiter unsere eigenen politischen Hausaufgaben machen und an unserem politischen Zweiklang aus Konsolidierung und Modernisierung festhalten“, erklärte sie. Wenn die Wirtschaftsentwicklung so positiv bleibe, sei eine „schwarze Null“ bereits 2017 möglich.

CDU-Haushaltsexperte Tobias Koch rechnete nach. Er verglich die neuen Zahlen mit der ebenfalls von Heinold vorgelegten Planung aus dem Oktober 2012.

Das Ergebnis: Aus steigenden Steuereinnahmen und sinkenden Zinsausgaben rechnet das Land bis 2016 mit zusätzlichen 1,13 Milliarden Euro auf der „Habenseite“. Dennoch will die

Finanzministerin 180 Millionen Schulden mehr machen, als sie im Oktober letzten Jahres plante.

„Zuweisungen, Zuschüsse und Investitionen steigen in den kommenden Jahren in dreistelliger Millionenhöhe. Die Investitionen wurden von dieser Landesregierung auf ein 40-Jahres-Tief abgesenkt. Also ist klar, wohin das Geld gehen wird: In den Konsum. Das ist unverantwortlich“, so Koch.

Statt die gute Einnahmeentwicklung und die niedrigen Zinsausgaben zu nutzen, um die Neuverschuldung schneller als geplant abzubauen und die Investitionsausgaben zu erhöhen, tue diese Regierung das exakte Gegenteil.

„Man stelle sich vor, eine überschuldete Familie gewinnt im Lotto. Statt davon ihre Schulden abzubezahlen, macht die Familie lieber eine Weltreise und nimmt dafür sogar noch neue Kredite auf. Genau so verhält sich diese Landesregierung“, erklärte der CDU-Finanzexperte.

---

### **CDU-Fraktion fordert 60 Millionen-Sofortprogramm zur Straßensanierung Landtagssitzung unter anderem mit Verkehrspolitik, Kommunalem Finanzausgleich und ländlichem Raum**

In der Landtagssitzung der kommenden Woche stehen die Themen Verkehrsinfrastruktur, Kommunaler Finanzausgleich und ländlicher Raum an erster Stelle. Bei allen drei Themen setzt die CDU-Fraktion mit eigenen Anträgen die Regierung unter Druck.

Angesichts der maroden Landesstraßen forderte die CDU-Fraktion ein sechzig-Millionen Sofortprogramm. Um den Gemeinden Mittel für die Sanierung ihrer Straßen zu geben, soll die Regierung 85 Prozent der vom Bund für den Gemeindeverkehr bereit gestellten Mittel für die Straße reservieren. SPD, Grüne und SSW wollen den Anteil auf 30 Prozent senken. Darüber hinaus sollen im Haushalt 2014 zusätzliche Mittel für die Planung von Straßenprojekten eingestellt werden. „Schluss mit der Flickschusterei. Schluss mit der Jammerei in Richtung Berlin. Für die Landesstraßen ist die Landesregierung verantwortlich“, erklärte CDU-Fraktionschef Johannes Callsen dazu in dieser Woche. Auch um den Zustand der Rader Hochbrücke und des Rendsburger Kanaltunnels geht es in dieser Debatte. Weiter fordert die CDU von SPD, Grünen und SSW ein klares Bekenntnis zur Festen Fehmarnbelt-Querung.

Ebenfalls auf Antrag der CDU-Fraktion wird der Innenminister über das Gutachten zum Kommunalen Finanzausgleich berichten. Dabei geht es der CDU-Fraktion auch um die Frage, weshalb das Innenministerium die Richtung des Gutachtens über die Leistungsbeschreibung vorgegeben hat. Ein weiterer Schwerpunkt ist für die CDU-Fraktion der Umgang der Landesregierung mit der bäuerlichen Landwirtschaft. Über beide Themen hatten wir im Newsletter der vergangenen Woche informiert.

---

### **CDU-Landtagsfraktion präsentiert Kunst von Menschen mit Behinderungen Ausstellung läuft bis Anfang Oktober**

Bis zur ersten Oktoberwoche wird in den Fluren der CDU-Landtagsfraktion eine Ausstellung über Kunst von Menschen mit Behinderungen zu sehen sein. Jeder ist während der normalen Arbeitszeiten des Landtages herzlich willkommen, über diese andere Perspektive in die Welt von Menschen mit Behinderungen einzutauchen.

In der kommenden Woche wird die Ausstellung im Rahmen einer Vernissage eröffnet. In dieser Woche trafen die Werke in der Fraktion ein. „Das, was die Künstler mit ihren Werken zeigen wollen, ist breit gefächert. Wir sind sehr erfreut, viele unterschiedliche Kunstwerke von gemalten Bildern über Fotografien bis hin zu Skulpturen zeigen zu dürfen“, erklärte der kulturpolitische Sprecher Peter Sönnichsen.

Besonders erfreut ist Sönnichsen über die bislang knapp 130 Anmeldungen zur Vernissage. „Das zeigt, dass wir mit unserer Ausstellung ein breites Publikum ansprechen“, so der CDU-Abgeordnete.

Wer sich noch „in letzter Minute“ zur Vernissage anmelden möchte, ist herzlich willkommen.

Die Einladung finden Sie unter folgendem Link:

<http://www.cdu.ltsh.de/content/aktuelles/veranstaltungen/vernissage2013.pdf>



---

### **Doch noch Beratungsbedarf über bleifreie Munition**

**SPD, Grüne und SSW verschieben Beschlussfassung über neues Jagdgesetz**



Hauke Göttsch, MdL

Trotz im Rahmen der Anhörung aufgekommener schwerer Bedenken hatten SPD, Grüne und SSW in der vergangenen Woche ihr Jagdgesetz im Ausschuss beschlossen und damit dem

Landtag zur Verabschiedung in der kommenden Woche zugeleitet. Doch daraus wird nichts. In dieser Woche wurde der Tagesordnungspunkt abgesetzt.

„Noch in der vergangenen Woche haben SPD und SSW den Grünen im Ausschuss blind vertraut. Alle inhaltlichen und rechtlichen Fragen wurden in den Wind geschlagen. Wer fachliche Einwände sachlich vortrug, ist von den Regierungsfractionen im Schulterschluss mit Naturschutzvertretern pauschal als Waffenlobbyist abgestempelt worden. Offensichtlich ist die Luft zwischen den Regierungsfractionen derzeit etwas bleihaltig“, erklärte der jagdpolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Hauke Göttsch dazu. Hintergrund: Vor der Beschlussfassung in der vergangenen Woche hatte es eine zehnmünütige Sitzungsunterbrechung mit heftigen Diskussionen gegeben.

SPD, Grüne und SSW erklärten postwendend, sie seien sich völlig einig. Eine Prüfung des Wissenschaftlichen Dienstes habe jedoch ergeben, dass der Gesetzentwurf der EU zur Notifizierung vorzulegen ist. Vor Abschluss des Verfahrens dürfe der Gesetzentwurf nicht in die endgültige Beschlussfassung.

Göttsch dazu: „Das hat SPD, Grüne und SSW beim Glücksspielgesetz auch nicht interessiert.“

---

### **Besuch der Fraktionsarbeitsgruppe Sport beim Kreissportverband Steinburg** **CDU-Fraktion fordert engere Zusammenarbeit zwischen Schulen und Sportvereinen**



(von links nach rechts: Dirk Hachmann (Schriftwart), Maren Schümann (Beisitzerin und Vorsitzende des Kreisturnverbandes), Ingrid Dieckmann (Beisitzerin für Breitensport und Frauen), CDU-Landtagsabgeordnete Barbara Ostmeier, Brigitte Engelbrecht (CDU-Kreistagsfraktion), Karl-Heinz Kruse (Erster Vorsitzender), Ratsherr Carl-Heinrich Peters (Beisitzer für Lehrarbeit), Rainer Schmelter (Schatzmeister)

Die Fraktionsarbeitsgruppe Sport der CDU-Landtagsfraktion war am Dienstag, 13. August zu Gast beim Vorstand des Kreissportverbandes Steinburg in Itzehoe. Die sportpolitische Sprecherin Barbara Ostmeier, MdL, wurde begleitet vom Wahlkreisabgeordneten aus Steinburg-Ost, Heiner Rickers, MdL, der selbst zehn Jahre Vorsitzender eines Reit- und Fahrvereins war.

Die Landtagsabgeordneten waren beeindruckt von den vielfältigen Angeboten der Sportvereine, die insgesamt 41.396 Mitglieder zählen. Zwölf Fachverbände organisieren gemeinsam mit dem KSV Schulungs- und Bildungsmaßnahmen.

Die sportpolitische Sprecherin der Steinburger CDU-Kreistagsfraktion, Brigitte Engelbrecht,

betonte, dass der Kreistag auf Initiative der CDU die Sportfördermittel in Höhe von Euro 180 Tausend im Rahmen der Sportselbstverwaltung zur Verfügung stellt. Der Sport wisse eben am besten, was fachlich gut und notwendig sei.

Barbara Ostmeier und Heiner Rickers betonten, dass die ehrenamtliche Leistung der vielen Trainer, Betreuer, Übungsleiter und Vorstandsmitglieder ein enormer Beitrag für unsere Bürgergesellschaft sei. „Es ist wichtig, dass der Sport auskömmliche Fördermittel für seine Sportstätten, seine Fortbildungsmaßnahmen und ganz besonders für den Kinder- und Jugendsport erhält“, resümierte Sportexpertin Ostmeier. „Vor dem Hintergrund des demografischen Wandels, der Schließung von Schulstandorten und den veränderten Schulzeiten - teilweise bin in den späten Nachmittag hinein - bedarf es vor allem einer engeren Zusammenarbeit zwischen Schule und Verein, um eine für beide Seiten optimale Nutzung von Raumangebot und ehrenamtlichen Engagement zukunftssicher zu gestalten. Hier müssen wir den Vereinen zur Seite stehen“, forderte der Steinburger Wahlkreisabgeordnete Rickers und kündigte Gespräche des Kreisschulverbandes mit den Vereinen und dem Kreissportverband an.

---

V.i.S.d.P  
CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag  
Dirk Hundertmark, Pressesprecher  
Tel.: 0431/988-1440  
[dirk.hundertmark@cdu.ltsh.de](mailto:dirk.hundertmark@cdu.ltsh.de)